

Annoncen:
Annahme-Bureau:
 In Posen
 außer in der Expedition
 bei Grunski (C. J. Ulrici & Co.)
 Breitestraße 14;
 in Gnesen
 bei Herrn Th. Spindler,
 Markt u. Friedrichs-Platz 4;
 in Grah bei Herrn F. Streisand;
 in Frankfurt a. M.:
 G. J. Danke & Co.

Posener Zeitung.

Vierundsechzigster

Jahrgang.

Annoncen:
Annahme-Bureau:
 In Berlin, Hamburg,
 Wien, München, St. Gallen;
 in Berlin, Breslau,
 Frankfurt a. M., Leipzig, Hamburg,
 Wien u. Basel;
 in Berlin:
 J. Klemmeyer, Schloßplatz;
 in Breslau: Emil Kahlke.

Nr. 209.

Das Abonnement auf diese Zeitung beträgt
 Sonntag täglich erscheinende Blatt beträgt
 jährlich für die Stadt Posen 14 Thlr., für ganz
 Preußen 1 Thlr. 24 Sgr. — Die Expedition
 nehmen alle Postanstalten des In- u. Auslandes an.

Sonntag, 6. Mai

Extrast. 12 Sgr. die fünfzehnjährige Zeit oder
 deren Raum, Reklamen werden extra berechnet,
 und an die Expedition zu richten und werden für
 die an denselben Tage erscheinende Nummer nur
 2 1/2 Sgr. 12 Sgr. am Freitag angenommen.

1871.

Telegraphische Nachrichten.

Berlin, 5. Mai. Heute früh 8 1/4 Uhr ist der Fürst Reichsgraf zu einer Besprechung mit Jules Favre, dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten der französischen Regierung, nach Frankfurt abgereist. Die Legationsräthe Bucher und Graf Haffel, sowie der Legationssekretär Graf Wartenleben begleiten ihn.

Frankfurt a. M., 5. Mai. Der deutsche Bevollmächtigte bei den brüsseler Friedensverhandlungen, Graf Arnim, ist hier eingetroffen, um mit dem Fürsten Bismarck, welcher heute Abend erwartet wird, zu konferieren. — Der französische Bevollmächtigte, Baron Duclerc, ist ebenfalls aus Brüssel hier eingetroffen; Pouyer-Quertier und Favre werden heute Abend hier eintreffen.

München, 5. Mai. Die erste Serie von Adressen an den König, in welchen die Gefährlichkeit des Unsehlbarkeitsdogmas für den Staat dargelegt wird, soll, wie das „Süddeutsche Korrespondenz-Bureau“ berichtet, mit mehr als 10,000 Unterschriften versehen, morgen der Staatsregierung überreicht werden. — Das „Katholische Aktions-Komitee“ hat die Professoren Wicheles und Schulte hierher eingeladen.

Paris, 4. Mai, Abends. „Agence Havas“ meldet: Die republikanische Seite hat sowohl an die Kommune, wie auch an die Regierung das dringende Ersuchen gerichtet, einen 20tägigen Waffenstillstand herbeizuführen. — Das „Journal officiel“ bringt einen Bericht über die finanzielle Lage der Kommune, wie solcher seitens des Finanzdelegierten Jourde in der Sitzung am 2. d. vorgelegt worden ist. Hiernach betrugen die Ausgaben vom 20. März bis 30. April 25,138,089, die Einnahmen dagegen 26,013,916 Frs., so daß ein Ueberschuß von 875,827 Frs. vorhanden ist. Unter den Einnahmen befinden sich 303,000 Frs., welche seitens der Eisenbahngesellschaften gezahlt worden sind. Jourde erklärte, daß er wahrscheinlich in der Lage sein würde, im Wege eines garantierten Anlehens weitere Mittel beschaffen zu müssen. In derselben Sitzung bot Jourde seine Demission an, indem er darauf hinwies, daß die Ernennung eines Wohlfahrtsausschusses seine Stellung unhaltbar mache. Mehrere Mitglieder der Kommune baten Jourde auf seinem Posten zu verharren und wurde hierauf die Wiederwahl Jourde's als Delegierten für das Finanzwesen mit 44 gegen 38 Stimmen beschlossen. — Fort Issy befindet sich noch immer im Besitz der Föderierten. Dem „Bien Public“ zufolge ist Issy vollständig zerstört und hat sich die Garnison hinter den aus den Trümmern errichteten Brustwehren verschanzt. Issy feuert höchst selten, wird dagegen fortwährend mit einem Hagel von Geschossen überschüttet. Fort Vanres wird beständig bombardiert; die hart mitgenommene Besatzung erwidert das Feuer nur schwach. Die Versailler haben heute eine furchtbare Batterie bei Montretout demaskiert, welche Autheil, Point du Jour und Passy bedroht. Dieselben haben ferner Ile de Saint Germain besetzt und daselbst eine Batterie errichtet, um den Biabuck am Point du Jour, sowie die Kanonenboote zu beschießen. Das Fort Montrouge, Hautes-Brupères und Moulins-Saquet sind durch das Bombardement hart mitgenommen. Die Föderierten antworten kräftig und beschießen alle Verschanzungen in dem Ort Jory. Auf der Seite von Neuilly, Sevastopol und Perret dauert der Kampf ohne entscheidendes Resultat fort. Heute Abend wird ein heftiger Angriff auf der ganzen Linie erwartet.

5. Mai, Morgens. Die Journale der Kommune versichern, daß die Föderierten gestern die Redoute bei Moulins-Saquet und den Bahnhof von Clamart genommen haben. Die Verluste sollen beiderseits sehr bedeutend sein. Die Ueberrumpelung der Föderierten in der Nacht vom Dienstag auf Mittwoch soll dem Verrathe des Kommandanten Gallien und eines Artillerielapitäns beizumessen sein, welche das Lösungswort den versailer Truppen verlaßt hätten. Die Föderierten haben gestern, wie die „Agence Havas“ meldet, eine Menge Gefangener und Vermundeter, sowie mehrere Kanonen verloren. Das Schloß Issy, welches von den versailer Truppen eingenommen war, ist durch die Kugeln der Föderierten in Brand geschossen. An der Westfront haben die versailer Truppen einige Meter an Terrain in der Rue des Hussiers gewonnen und daselbst eine Barrikade errichtet, um die Barrikade in der Rue Peyronet und den Rondpoint d'Infermann mit ihrem Feuer im Rücken zu fassen. Das Feuer des Mont-Balérian hat zwei Feuersbrünste zu Sevastopol und Neuilly hervorgebracht. Oberst Kossel ist in dem gestrigen Gefechte in der Nähe des Südforts leicht an der Schulter verwundet worden. Gestern fand ein neuer Angriff der versailer Truppen auf der Seite von Issy statt, welchen die Föderierten, ihrer Angabe nach, abge schlagen haben.

Versailles, 5. Mai, Vormittags. „Journal officiel“ zufolge bezweckt die Zusammenkunft zwischen Favre, Pouyer-Quertier und dem Fürsten Bismarck, welche in Frankfurt stattgefunden wird, die gemeinschaftliche Regelung gewisser Schwierigkeiten, welche sich bei den Verhandlungen in Brüssel erhoben hatten, sowie die möglichste Beschleunigung des definitiven Friedensschlusses. — Das Geschütz- und Gewehrfeuer rings um Issy ist nach wie vor sehr heftig. Die Positionen beider kriegführenden Theile sind noch immer dieselben. Die Arbeiten werden eifrig fortgesetzt, um Fort Issy vollständig zu isolieren. Nachrichten aus Paris von heute Morgen zufolge hat die Kommune den politischen wie den Amtseid abgeschafft. — Die von dem Pariser „Journal officiel“ gebrachte Mittheilung, daß Moulins-

Saquet nur durch Verrath genommen sei, und daß die Föderierten den Bahnhof von Clamart besetzt hätten, ist vollständig unbegründet.

London, 4. Mai. Das auswärtige Amt veröffentlicht eine Depesche des britischen Vosschafers in Versailles, in welcher derselbe anzeigt, daß alle Ausländer bei Betretung französischen Gebietes mit einem vom betreffenden französischen Agenten vorkonten Passe versehen sein müssen. — Im Unterhaus beantragte Torrens die Einkommensteuer auf 5 Pence per Pfd. Stl. festzusetzen und tadelt das Vorgehen der Regierung in bestiger Weise. Es sei zweckmäßiger, die Bezahlung der Annuitäten so lange zu suspendieren, bis die finanzielle Lage des Staates wieder eine günstige geworden sei. Im Verlaufe der Debatte griff die Mehrzahl der Redner die Regierung an; auch von liberaler Seite wurden die ministeriellen Finanzvorlagen mißbilligt und erklärten mehrere dieser Partei angehörende Redner, daß sie sich der Abstimmung enthalten würden. Nachdem Göschen und Gladstone die Regierungsvorlage vertheidigt hatten, wurde schließlich der Antrag Torrens mit 294 gegen 248 Stimmen verworfen. — Huggess, Unterstaatssekretär im Departement des Innern, theilt mit, daß die Verhandlungen mit Frankreich bezüglich der Kolonien am Gambia wahrscheinlich nicht wieder eröffnet werden würden.

5. Mai. Wie der „Times“ gemeldet wird, wird das Feuer auf Fort Issy mit großer Heftigkeit fortgesetzt; Schloß Issy ist völlig abgebrannt. Autheil wird ebenfalls bombardiert, die Einwohner flüchten von dort in großen Massen. Der Verlust der Föderierten seit Freitag wird auf 2000 geschätzt.

Wien, 4. Mai. Der Verfassungsausschuß des Abgeordnetenhauses wählte in seiner heutigen Sitzung Dr. Herbst zum Berichterstatter über die Vorlage der Regierung, betreffend die Erweiterung der Autonomie der Landtage, und forderte denselben auf, seinen Bericht dem Ausschusse am Sonnabend vorzulegen, so daß die Berathung der Vorlage im Ple. am Dienstag stattfinden kann. Der Verfassungsausschuß beschloß ferner nach längerer Debatte zur Berathung der Frage, ob in dieser Angelegenheit eine Adresse an den Kaiser zu richten sei und zur Feststellung der in derselben dargelegenden Gesichtspunkte, ein Subkomitee von 5 Mitgliedern einzusetzen. In dieses Subkomitee wurden gewählt: Dr. Brestl, Dr. Herbst, v. Lasser, Dr. Reichbauer, Dr. Sturm. Die Regierung war in der Sitzung des Ausschusses nicht vertreten. — Die Erzherzogin Maria Annunciata, Gemahlin des Erzherzogs Karl Ludwig, ist heute Abend um 7 1/4 Uhr gestorben.

5. Mai. Anlaßlich des Ablebens der Erzherzogin Maria Annunciata ist sechsmonatliche Hoftrauer vom 7. Mai ab angeordnet. — Im Abgeordnetenhaus gedenkt der Präsident zunächst des Ablebens der Erzherzogin Annunciata mit theilnehmenden Worten. Der Ministerpräsident bringt darauf die Vorlage ein enthaltend die grundsätzlichen Bestimmungen rüchlich Galizien. Das Gesetz verfügt: Galizien entleert gemäß dem Grundgesetz über die Reichsvertretung eine bestimmte Anzahl von Mitgliedern in das Abgeordnetenhaus; ferner: die Wahlen zum Reichsrath nimmt der galizische Landtag aus seiner Mitte vor. In den Wirkungskreis des Landtages gehört von nun an: Die Gesetzgebung über Handels- und Gewerbelammern, Kreditanstalten, Versicherungsanstalten, Banken (ausgenommen die Zettelbanken); ferner über Sparkassen, Volksschulen, Gymnasien, Vormundschaften und Kuratelen; ferner die Gesetzgebung über die Einführung von Friedensrichtern, Bagatellgerichten, Dranisi u. d. politischen Verwaltungsbehörden in erster und zweiter Instanz, jedoch bleibt für den Fall, daß diese Organisation den Bedürfnissen des Reiches nicht entspricht, der Reichsgesetzgebung vorbehalten, eigene Organe aufzustellen. Galizien wird ferner durch einen eigenen Minister bei der Krone vertreten, und erhält einen eigenen Senat im obersten Gerichtshof und im Kassationshof zu Wien. Die auf die Annahme dieses Gesetzes bezüglichen Beschlüsse beider Reichsräthshäuser müssen eine Zweidrittheil-Majorität haben. Im weiteren Verlaufe der Sitzung wurde der Antrag auf Einführung direkter Wahlen in den Reichsrath mit großer Majorität dem Verfassungsausschuße zur Berathung zugewiesen. Für die Verweisung stimmten auch die Polen.

Stockholm, 5. Mai. Der Reichstag nahm heute bezüglich der alten eingeklagten Forderung der Stadt Stettin den Vorschlag der Regierung an, die von dieser Stadt offerirten Vergleichssumme von 116,838 schwedischen Thalern zu zahlen.

New York, 4. Mai. Eine Proclamation des Präsidenten fordert die Südstaaten auf, den Geheimbund der Kullux zu unterdrücken und erklärt, daß erforderlichenfalls mit Waffengewalt eingeschritten werden soll.

Brief- und Zeitungsberichte.

Berlin, 5. Mai.

— Der Kaiser arbeitete gestern Morgen allein; von 1 bis 3 1/2 Uhr fand in Gegenwart des Kronprinzen eine Berathung mit dem Reichsgraf, den Generalen von Moos, Graf Moltke, von Podbielski und von Trecklow statt, bei welcher unsere Interessen Frankreich gegenüber zur Sprache kommen.

— In Betreff der auswärtigen diplomatischen Vertretung deutscher Bundesregierungen schreibt man der „B. u. H. Z.“ aus Wien: „Laut hierher gelangter offizieller Anzeige wird die selbständige diplomatische Vertretung des Groß-

herzogthums Baden in Wien mit dem 1. November d. J. aufgehoben und die Wahrnehmung der Interessen der badischen Staatsangehörigen dem kaiserlich deutschen Gesandten zufallen. Seitens der übrigen Staaten des deutschen Reiches ist eine ähnliche Maßregel seither weder angekündigt, noch wird sie erwartet.“

— In der letzten Sitzung des Kreisgerichts zu Braunschweig, an welcher diese Sache vom Kreisgericht zu Wolfenbüttel durch den Kassationshof verwiesen worden war, wurde der Obergerichtsadvokat Dr. Dedekind zu Wolfenbüttel wegen eines am 3. Dezember v. J. an die Prinzessin Marie von Hannover nach Hiesing gefandten Telegramms der Beleidigung des Königs von Preußen für schuldig befunden und zu einer Festungstrafe von fünf Monaten verurtheilt.

— Am 31. Mai werden sich, wie die „B. f. N.“ berichtet, in Wiesbaden der engere und der weitere Ausschuß des deutschen Protestantentages, Abgeordnete der lokalen Protestantentvereine und sonstige besonders eingeladene Vereinsmitglieder versammeln, um die beiden jüngsten Glaubensgerichte, das Stettin-Kolberger, gegen Dr. Hanne und das Wiesbaden-Freirachdorfer gegen Pfarrer Schröder in Erwägung zu ziehen. Der Vorstand zu Heidelberg sucht mit dieser Berufung gutzumachen, daß er, lokalen Bedenken nachgebend, den eigentlichen deutschen Protestantentag von Pfingsten auf den Herbst verlagert hat. Da man in Darmstadt schon trug, den Protestantentag schon gegenwärtig zu empfangen, so hatte Professor Baumgarten in Kassel die Abhaltung in Wiesbaden vorgeschlagen, was nun in der obigen modifizirten Weise zur Ausführung gelangt. Inzwischen regt es sich in Pommern. Zwischen Stettin und Greifswald, den provinziellen Vororten der Protestantentvereine-Bewegung, ist verabredet worden, daß gleich nach Pfingsten ein pommerscher Protestantentag in Stettin stattfinden. Zur nachdrücklichen Aufnahme des Hanne'schen Falls, in welchem das Aergerniß, namentlich durch die veröffentlichten Einzelheiten des Verhörs, die hochmüthig beleidigenden und fittlich ganz unerlaubten Insinuationen der Herren Konfistorialräthe in der That so groß wie möglich ist.

Frankfurt a. O., 4. Mai. In der heutigen Versammlung der Stadtverordneten wurde der Stadtgerichts-Rath Gerhard in Samter mit 37 Stimmen von 56 zum zweiten Bürgermeister der Stadt erwählt.

München, 4. Mai. In gut unterrichteten Kreisen glaubt man sicher zu sein, daß der Kultusminister v. Zug sehr entschieden gegen die Bischöfe vorgehen werde, nachdem nun auch der Bischof von Bamberg, der einzige welcher das Placet (königliche Genehmigung) zur Verfündigung des Unsehlbarkeitsdogmas nachgesucht, aber nicht erhalten hat, trotzdem am letzten Sonntag die neue Lehre von allen Kanzeln seiner Diocese und zugleich die Exkommunikation aller Unterzeichner der gegen das Konzil gerichteten Adresse verkündigen ließ. (Ein Korrespondent der „Fr. Stg.“ bezweifelt das energische Vorgehen des Ministers und für diese Auffassung scheint es zu sprechen, daß das Gesuch des Professors Friedrich, trotz der erzbischöflichen Exkommunikation seine geistlichen Funktionen als Hofbenefiziat fortsetzen zu dürfen, vom Oberhofmeisterstab abschlägig beschieden worden ist.)

In Belfort ist die Einquartierung der deutschen Truppen mit großen Schwierigkeiten verbunden. Die Kasernen sind zerstört und Privathäuser, die vom Bombardement verschont geblieben waren, giebt es wenige. Da nun in Folge des Wiederaufbaues und der Ausbesserung vieler Gebäulichkeiten eine Masse Arbeiter herbeigezogen werden muß, so mangelt es überall an Platz, um diese neben dem Militär unterzubringen. Ein weiterer Uebelstand zeigt sich seit dem Eintritt der wärmeren Witterung in der Nähe von Belfort, da, wo die Garbes mobiles zur Zeit der Belagerung kampirten. Man ließ die Eingeweide der zur Ernährung der Truppen geschlachteten Thiere auf offenem Felde liegen. Dieselben verbreiten nun einen abjekelichen Geruch, der die ganze Gegend verpestet. Auch todgeborene Kälber liegen unter diesen Thierresten umher. Die Gefahr liegt nahe, daß die Bevölkerung noch durch Seuchen dezimirt werde.

Prag, 3. Mai. In der gestrigen Plenarversammlung des Verfassungsvereines der Deutschen in Böhmen wurden folgende Resolutionen angenommen:

a) Der Verfassungsverein der Deutschen in Böhmen fordert die deutschen Abgeordneten im Reichsrathe auf, sich den sessionistischen Bestrebungen gegenüber auf deutsch-nationalen Boden zu stellen und von diesem Standpunkte aus im Namen der nationalen deutschen Partei das Interesse des Volkes, wie des Reiches zu wahren. b) Als im verflochtenen Jahre der durch Frankreichs Uebermuth heraufbeschworene Krieg gegen Deutschland entbrannte und zum gewaltigen Weltkriege sich zu entwickeln drohte, waren es die Deutschen Oesterreichs, die in erster Reihe gegen ein Bündniß mit Frankreich und für eine wohlwollende Neutralität Deutschlands gegenüber ihre Stimme erhoben. Auch der Verfassungsverein der Deutschen in Böhmen sprach in seiner Plenarversammlung vom 26. Juli v. J. die Ueberzeugung aus, daß Regierung und Reichsvertretung kein Bündniß eingehen sollten, welches die Hegrechte Vertheidigung deutschen Landes hindern, die Konsolidierung und Integrität Deutschlands in Frage stellen, den Erfolg der Waffen deutscher Krieger schwächen könnte, daß sie eine aufrichtige Neutralität nach Recht und Treue unverbrüchlich einhalten und sie nur dann aufgeben sollten, wenn deutsches Land durch den Erbfeind von dem gemeinsamen Bande des großen Vaterlandes abgerissen würde, auf daß dann Oesterreich dort stehe, wo seine ganze Geschichte, seine Kultur und seine Zukunft es hinweisen, — in Mitte des deutschen Volkes und des deutschen Heeres. c) Ze gewisser das Verdienst der strikten Benachhaltung der Neutralität im letzten Kriege der ersten und würdigen Haltung der Deutschen in Oesterreich ausschließlich zuzuschreiben ist, mit um so größerer Befriedigung und Freude begrüßt der Verfassungsverein der Deutschen in Böhmen die Kundgebung des deutschen Reichstages vom 5. April d. J., in welchem derselbe der Haltung der außerhalb der Grenzen des deutschen Reiches lebenden Deutschen während

